



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) vom 2. Juli 2003

Entlastungsprogramm für Bauernfamilien nicht verkraftbar

Der Bundesrat hat heute die Botschaft über das Entlastungsprogramm für den Bundeshaushalt verabschiedet. Der Schweizerische Bauernverband (SBV) ist enttäuscht darüber, dass die in der Vernehmlassung vom SBV, von weiteren landwirtschaftlichen Organisationen sowie von verschiedenen Kantonen eingebrachten Argumente nicht berücksichtigt worden sind. Es bleibt dabei: Der Bundesrat will 2004 bis 2007 bei der Landwirtschaft insgesamt 470 Millionen Franken zusammenstreichen. Einsparungen in dieser Grössenordnung sind für die Bauernfamilien aufgrund ihrer schlechten Einkommenssituation nicht verkraftbar.

Auch der SBV ist an einer Gesundung der Bundesfinanzen interessiert und sich bewusst, dass die Landwirtschaft um einen Beitrag zur Erreichung dieser Zielsetzung nicht herumkommt.

Die vorgeschlagenen Einsparungen übersteigen jedoch bei weitem die Möglichkeiten der Landwirtschaft. Gemäss den Berechnungen des SBV würde der Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft, welcher derzeit im Durchschnitt bei rund 30'400 Franken jährlich oder 2'500 Franken monatlich liegt, mit den vorgeschlagenen Massnahmen um weitere 10 Prozent sinken.

Darüber hinaus stellt sich die Vertrauensfrage in die Politik: Im Zuge der Agrarreform getroffene Zusicherungen sind offenbar nur noch Makulatur. Der Bundesrat scheint auch über die Tatsache hinwegzusehen, dass gerade die Landwirtschaft in den letzten Jahren grosse Vorleistungen erbrachte. Während von 1996 bis 2002 die Bundesausgaben kontinuierlich von 43,8 auf 50,7 Milliarden Franken anstiegen, blieben die jährlichen Ausgaben im Bereich Landwirtschaft und Ernährung mit rund 4 Milliarden Franken stabil.

Der Bundesrat nimmt schmerzhaft Einschnitte bei den Direktzahlungen bewusst in Kauf und setzt die Erfüllung des Verfassungsauftrags aufs Spiel. Die multifunktionalen Leistungen der Landwirtschaft, wie beispielsweise die dezentrale Besiedlung, können schon heute in verschiedenen Regionen kaum mehr aufrecht erhalten werden.

Der SBV fordert das Parlament dazu auf, am inakzeptablen Vorschlag des Bundesrats die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen.

Rückfragen:

Jacques Bourgeois, Direktor (Natel 079 219 32 33)

Urs Schneider, Stv. Direktor, Leiter Stab / Kommunikation (Natel 079 438 97 17)

Roland Furrer, Stab / Kommunikation (Büro 056 462 51 11; Natel 079 432 29 15)